

06.02.2017

Kleine Anfrage 5561

der Abgeordneten Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, Josef Rickfelder und André Kuper CDU

Ausweitung des Aktionsplans Westbalkan - Plant die Landesregierung ein Zentrum für beschleunigte Asylverfahren nun auch in Münster?

Laut aktuellen Medienberichten plant die Landesregierung, in der Oxford-Kaserne in Münster-Gievenbeck ein Abschiebezentrums einzurichten. Diese Einrichtung fungiert bisher als Erstaufnahmestelle. Nunmehr gebe es Pläne, eine Großzahl an Asylverfahren von Menschen aus den Westbalkan-Staaten in den Standort zu verlegen und die Asylbewerber, die in der überwiegenden Zahl keine Bleibeperspektive haben, dort schnell - innerhalb von 48 Stunden - abzuschicken.

Bei der Stadt Münster weiß man nicht um die Absicht des Landes, Asylbewerber aus den Westbalkan-Staaten im beschleunigten Verfahren im Rahmen des Aktionsplans Westbalkan abzuwickeln. Eine offizielle Bestätigung vom Land gibt es dafür ebenso wenig wie von der Bezirksregierung.

Mehrere Nachfragen bei der Stadt Münster haben ergeben, dass die Stadt von diesen Plänen bis zum heutigen Tage keine Kenntnis hat. Gerade im Bereich der Flüchtlingsproblematik ist es jedoch besonders wichtig, dass Transparenz sowohl zwischen dem Land und der Stadt, als auch im Hinblick auf die Information der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet wird. Es ist nicht zu tolerieren, dass die Landesregierung in dieser wichtigen Frage den nötigen Respekt vor der Stadt Münster vermissen lässt.

Bund und Länder haben einen Aktionsplan vereinbart, um die Asylverfahren zu beschleunigen sowie die Gesamtaufenthaltsdauer von Asylbewerbern zu verkürzen, die aus Herkunftsländern mit einer relativ hohen Anzahl von Asylsuchenden bei zugleich besonders niedriger Schutzquote stammen. Nordrhein-Westfalen setzt diese Maßgabe im Rahmen des „Aktionsplan Westbalkan“ für alle Asylsuchenden aus den sicheren Herkunftsstaaten des Westbalkans um. Bislang wurde das beschleunigte Verfahren in fünf Landesaufnahmeeinrichtungen in Bonn-Bad Godesberg, Willich, Büren, Hövelhof-Staumühle und Bad Driburg (vorübergehender Standort) durchgeführt. Ende Januar wurde bereits darüber berichtet, dass der Standort Hövelhof-Staumühle künftig durch den bisherigen Standort einer Landesaufnahmeeinrichtung in Oerlinghausen ersetzt werde.

Datum des Originals: 01.02.2017/Ausgegeben: 07.02.2017

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Planungen zur Änderung und Ausweitung des Aktionsplans Westbalkan hat die Landesregierung aktuell?
2. Plant die Landesregierung eine Veränderung der bisherigen Standorte für die Anwendung des beschleunigten Verfahrens durch die neuen Standorte Münster Oxford-Kaserne und Oerlinghausen für Asylbewerber aus den Westbalkanstaaten?
3. Wie wurden die etwaigen Planungen für die Veränderungen der Aufgabe der bisherigen Standorte Münster – Oxford Kaserne und Oerlinghausen hin zu Einrichtungen für beschleunigte Verfahren für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive vor Ort mit den Kommunen, den zuständigen Bezirksregierungen, den NGOs kommuniziert?
4. In welcher Form plant die Landesregierung, die Stadt Münster und die zuständigen Stellen vor Ort in den Entscheidungsprozess um eine Neuausrichtung der Oxford-Kaserne miteinzubeziehen?
5. Nachdem bereits mangelnde Transparenz des Landes seitens der Kommunen in Bezug auf das Pilot-Projekt Dublin in Bottrop und Sankt Augustin erklärt wurde, scheint es auch bei den Veränderungen der Standorte des Aktionsplans Westbalkan an Transparenz und Kommunikation seitens der Planungen des Landes und der Bezirksregierung zu fehlen. Wie bewertet die Landesregierung die Notwendigkeit der Einbeziehung der Kommunen und Bürger vor Ort in solch sensiblen Fragen der Einrichtungsplanung des Landes?

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg
Josef Rickfelder
André Kuper